

21.02.2012

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 21.02.2012
Ltg.-**1124/A-1/83-2012**
-Ausschuss

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Schulz, Mag. Hackl, Mag. Schneeberger, Ing. Penz, Bader, Erber, DI Eigner, Grandl, Ing. Haller, Mag. Heuras, Mag. Karner, Maier, Dr. Michalitsch, Moser und Ing. Pum

gemäß § 33 LGO 2001

betreffend **„Forderung nach einer verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für Schiefergas-Projekte“**

In Folge der Verknappung der herkömmlichen Erdgasförderung wird vor allem in den USA seit 2005 verstärkt auf die Förderung von unkonventionellem Erdgas aus Sedimentgestein, dem so genannten Schiefergas (engl. shale gas) gesetzt. Schiefergas ist in dichten, undurchlässigen Tonsteinen gebunden und kann daher nicht mit herkömmlichen Bohrungen gewonnen werden. Das Gestein muss zuerst aufgebrochen werden, um die Gasführung zum Bohrloch zu ermöglichen. Eine Methode dazu ist das so genannte „Hydraulic Fracturing“ oder „Fracking“.

Bei der geologischen Tiefbohrtechnik mit „Fracking“ wird durch Sprengung und anschließendem Einpressen einer Flüssigkeit samt verschiedenen Substanzen die Gasdurchlässigkeit des Gesteins erreicht. Die Technik wurde auch in Europa bereits vor mehr als 50 Jahren erprobt, wurde aber hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen kaum weiter verfolgt.

Auf Grund der stark gestiegenen Preise für Erdgas wird nun auch in Europa in einigen Ländern die Gewinnung von Schiefergas angestrebt. Im November 2011 machte auch die OMV öffentlich, im nördlichen Weinviertel zwei Probebohrungen (in den Gemeinden Poysdorf und Herrnbaumgarten) durchführen zu wollen.

Die Erfahrungen aus den USA seit 2005 zeigen aber Teils dramatische Auswirkungen der Schiefergas-Fracking auf die Umwelt – insbesondere auf das Grundwasser. In Niederösterreich stehen der Schutz von Mensch und Natur an oberster Stelle. Es dürfen durch die Exploration und Fracking von Kohlenwasserstoffen weder Grundwasser noch Flora und Fauna belastet werden. Unter den aktuell bekannten Frackingmethoden für Schiefergas findet sich keine, die diese Sicherheit gewährleisten könnte.

Nach dem Mineralrohstoffgesetz (MinroG) ist das umstrittene „Fracking“ in Österreich nur anzeigepflichtig. Das widerspricht den hohen Sicherheitsstandards in Niederösterreich. Es ist daher nicht einzusehen, dass eine umstrittene Form der Erdgasgewinnung, zu der in Österreich noch jede Erfahrung fehlt, ohne entsprechender Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) umgesetzt werden darf.

Da die OMV Probebohrungen noch für das heurige Jahr angekündigt hat, soll dieser Antrag noch in der Landtagssitzung am 23. Februar 2012 und damit ohne Ausschussberatung behandelt werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um eine Anpassung des UVP-G 2000 zu erreichen, wonach die Schiefergas-Gewinnung und deren Erprobung in Österreich jedenfalls UVP-pflichtig sein müssen.

Dazu soll im UVP-G 2000 im Anhang 1, Ziffer 28, Spalte 1 folgender Tatbestand ergänzt werden:

„Tiefbohrungen zur unkonventionellen Gewinnung von Kohlenwasserstoffen inklusive Probe- und Erkundungsarbeiten.““

Gemäß § 33 Abs. 1 LGO 2001 wird beantragt, dass dieser Antrag im Landtag ohne Ausschussberatung zur Behandlung gelangen möge.